

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chief-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Stund und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Die schriftliche Einladung nach London.

### Die britische Note und die Antwort der deutschen Regierung.

Berlin, 10. Februar. (W. L. W.) Von der hiesigen britischen Botschaft ist dem Auswärtigen Amt am 8. Februar folgende Note zugegangen:  
Herrn Dr. W. Simons, Minister des Auswärtigen.  
Herrn Minister! Ich habe die Ehre, Euer Excellenz zu benachrichtigen, daß ich von Seiner Majestät Regierung Verfügung erhalten habe, den Leiter der deutschen Regierung und seine sachverständigen Berater einzuladen, in London am 1. März mit Vertretern von Frankreich, Großbritannien, Japan und Belgien an der Konferenz teilzunehmen. In der Note von Herrn Brindley an den Präsidenten der deutschen Delegation in Paris vom 21. Januar angeordnet war, daß ich ferner Euer Excellenz erlaube, die Güte zu haben, so schnell als möglich die Namen der Delegierten und der Berater mitzuteilen. Ich benutze die Gelegenheit...

Monats datierte Antwortnote an den britischen Botschafter Lord D'Abernon zugestellt worden:  
Herr Botschafter! In Erwiderung Ihrer Note vom 8. dieses Monats beehre ich mich, den Empfang der Einladung zu der Konferenz in London am 1. März dieses Jahres zu bestätigen. Unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen der Konferenz sich auch auf die noch zu übermittelnden Vorschläge der deutschen Regierung erstrecken werden, erklärt sich die deutsche Regierung bereit, bewillmüdigte Delegation und sachverständige Berater, deren Namen sobald wie möglich angegeben werden sollen, zu der Konferenz zu entsenden. Ich verbleibe auch dieses Mal...

## Sanierung der Berliner Straßenbahn.

### Ordnung, Arbeit, Kapital.

Von  
Dr. Paul Mohrle.

Der Ausschuss zur Regelung der Rentabilität und Wirtschaftlichkeit der Berliner Straßenbahn hat gestern seine Vorschläge abgeschlossen. Im wesentlichen wurden die von mir aufgestellten Vorschläge zur Reform des Straßenbahnbetriebes angenommen. Nur soweit die Revision des Berliner Tarifs für die städtischen Arbeiter und die Grundbesitzer der Beschaffung neuen Betriebskapitals durch die Hebung zum gemeinschaftlichen Sozialistischer Seite gemacht. Es ist ja heute leider so, daß alle Personen und Institutionen einer unbegrenzten öffentlichen Kritik unterliegen; aber sobald die Arbeiterfragen berührt werden, zeigt sich eine geradezu immensenhafte Empfindlichkeit. Dabei ist der erwählte Tarifvertrag derart unmöglich, daß eigentlich die Vertreter des Berliner Magistrats, die ihn abschließen, wie ein Disziplinargericht gebieten, weil sie die Interessen der Stadt groblich verletzt haben.

## Vertrauensvotum für Briand.

### Die Tagesordnung für „Fortsetzung der Verhandlungen“.

#### Schlusswort Briands.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 10. Februar.  
In einer Resolution der Kammer, die erst nach Mitternacht zu Ende ging, wurde dem Briand ein **Vertrauensvotum mit 387 gegen 125 Stimmen** ausgesprochen. Die Abstimmung erfolgte, als die Abgeordneten in der Abstimmung enthalten haben. Der Wortlaut der Tagesordnung, die von den Deputierten Fabry und Arago eingebracht worden ist, lautet nach der von der Regierung angenommenen Fassung: „Die Kammer stellt fest, daß die Konferenz von Paris die Solidarität zwischen den Alliierten gesichert hat. Sie vertraut dem Briand, daß die Regierung die schnelle und vollständige Entlohnung Deutschlands fördern, in bezug auf die **Wiederherstellung der Verhandlungen fortsetzen** und die finanziellen Schwierigkeiten durchsetzen wird, die zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Frankreichs notwendig sind; sie vertraut ferner dem Briand, daß die Regierung gegebenenfalls die Festigkeit beibehält, die notwendig ist, um die Finanzen Frankreichs zu erhalten, und daß sie die notwendigen Maßnahmen ergreift, um die Finanzen Frankreichs zu erhalten, und daß sie die notwendigen Maßnahmen ergreift, um die Finanzen Frankreichs zu erhalten...“

Die Sitzung wird dann bis 1/2 Uhr unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung ließ Finanzminister Doumer keine Rede fort und erklärte, nach 1871 sei die Ausfuhr Frankreichs um 230 Prozent gesunken. Angesichts der großen Bedürfnisse von Europa werde Deutschland den selben Aufschwung nehmen. Er schäme deshalb die abendurigen Annuitäten auf drei Milliarden im Jahre, was zu fünf Prozent ein Kapital von 64.552.000.000 ausmache. Das ergebe zusammen mit den fehlenden Jahreszahlungen 148 Milliarden Goldmark. Der Anteil Frankreichs betrage also 77.921.000.000. Die Regierung habe energisch die Interessen des Landes verteidigt. Sie werde das in London mit der gleichen Energie und mit dem Wunsch tun, das Maximum zu erlangen.

Die Sitzung wird die Diskussion geschlossen. Es werden die verschiedenen vorliegenden Tagesordnungen besprochen. Abschreiber Briand verlangt, daß die Kammer der Regierung Vertrauen schenkt, daß sie aber zum Ausdruck bringt, daß sie keine Verantwortung übernehmen kann, bevor die Verhandlungen beendet sind, da sie nicht die Zeit habe, die verschiedenen Jiffen nicht miteinander abereingeführt. Es sei seine Pflicht, Vertrauen zu verlangen. Er sei Anhänger der engsten Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Parlament. Eine politische Eintracht haben er volle Hoffnungen gesetzt. Er könne nicht sagen, was die nächsten 42 Jahre bringen. Frankreich gegenüber die Eingetret der Alliierten aufrechtzuerhalten. Er habe Deutschland hindern wollen, die Alliierten zu trennen. Als man im Walle erlitten habe, habe die Konferenz sich nicht ohne ein Abkommen getrennt habe, habe sich Freude bei allen gezeigt. Er habe, daß Amerika nicht amewand gewesen sei, aber der Übertragung der Regierungsgewalt in Amerika eine langwierige und bedeutende Angelegenheit. Sätze er mit verfahrenen Armen warten können? Seine Regierung sei solidarisch mit den vorangehenden Regierungen. Die Abkommen von Bulgarien und Spaas seien von ihm nicht ignoriert? worden. Man habe daran gearbeitet, die Abkommen zu erfüllen, aber wenn er die Verhandlungen in London führen solle, dann müsse ihm die Kammer ein von jetzt kommendes Vertrauen geben.

Paris, 9. Februar. (W. L. W.)  
In weiteren Details der Admittationsfrage der Kammer erklärte der Abgeordnete Forquet, er schäme den Nachlass an der französischen Forderung selbst bei den höchsten Bewertungen auf 5 Milliarden Goldmark. Das bedeute ein Loch von fünf Milliarden. Wie solle man das verstopfen? Der Abgeordnete Forquet hat dem Ministerpräsidenten, ob seine Bewertung richtig sei, das dem Ministerpräsidenten Briand anvertraut, er gebe gerne auf die Gesamtheit der Forderung große Rücksicht? habe genähren müssen, um das Gleichgewicht aller Alliierten zu erhalten. Er werde später über die Worte und die Rominationen sprechen.

Der Abgeordnete Forquet sagt weiter, Frankreich wolle den Frieden, es verlange nur sein Recht. Er sei der Ansicht, daß man entgegen müsse, um bezahlt zu werden. Fortschrittlich habe Rücksicht zu haben. Wenn George habe erklärt, man könne nicht nach England transponieren, aber für Frankreich seien

Von diesen beiden strittigen Fragen abgesehen, hatte sich aus den umfangreichen Vernehmungen der Sachverständigen eine weitgehende Übereinstimmung innerhalb des Ausschusses herausgebildet. Es liegt auch auf der Hand, daß es letzten Endes nicht andere Mittel gibt, als für alle diejenigen, die feine Brücken bauen, das in ihrem Kerne gesund und für Berlin eine Lebensnotwendigkeit ist, wieder in die Höhe zu bringen, als Ordnung und Arbeit. In der Ordnung hat es bisher gefehlt. Teils handelt es sich dabei um frühere Sünden, die sich aus Krieg und Revolution ergaben und durch die unklaren Beziehungen zwischen der Alliiertenmacht zum Berliner Magistrat verhängt wurden, teils kommen sehr erhebliche Mängel der Verwaltung des neuen Magistrats in Frage. Beispielsweise war die überhöhte Beteiligung der frühesten Direktion eine Torheit mit weittragenden Konsequenzen. Das alles läßt sich nicht mehr ändern. (Fortsetzung siehe Seite 2.)